

1 **Antrag 02/1/2017**

2 **Unterbezirksvorstand**

3 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

4

5 **Potsdam bleibt bezahlbar – Wohnen als öffentliche**
6 **Daseinsvorsorge**

7

8

9 Potsdam wächst. Die Stadt ist ein beliebter und be-
10 gehrter Wohnort, in dem beständig neuer Wohnraum
11 entsteht. Ausreichender und auch für niedrige und
12 mittlere Einkommen bezahlbarer Wohnraum mit guter
13 Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sowie
14 soziale und soziokulturelle Infrastruktur von Kita- und
15 Schulplätzen bis zu Jugendclubs und Treffpunkten für
16 die Bevölkerung vor Ort gehören von Planungsbeginn
17 an zusammen. Bei der Planung ist auf Grund der
18 demografischen Entwicklung zu berücksichtigen, dass
19 Schulen und Kitas baulich flexibel gestaltet werden,
20 damit diese später auch von anderen Altersgruppen
21 genutzt werden können.

22

23 Die SPD Potsdam stellt sich dieser Verantwortung auf
24 allen Ebenen.

25

26 **Unsere kommunalpolitischen Ziele sind:**

27

28 1. weiterhin ausreichend und zügig Baurechte zu
29 schaffen. Wird dann gebaut, gilt: Die Soziale
30 Infrastruktur muss mit dem Einzug der ersten
31 Bewohnerinnen und Bewohner bereits vorhanden
32 und entsprechende Flächen müssen im Vorfeld
33 planungsrechtlich gesichert sein.

34

35 2. dafür Sorge zu tragen, dass der Anteil des gemein-
36 wohlorientierten Wohnens in Potsdam mindestens
37 gleich bleibt. Genossenschaften und ProPotsdam
38 sollen zusammen weiterhin einen Anteil von 40%
39 am Mietwohnungsmarkt halten. Um dieses Ziel zu
40 erreichen, baut die ProPotsdam in den nächsten
41 zehn Jahren mindestens 2.000 neue Wohnungen,
42 mindestens die Hälfte davon mit sozialer Bindung.
43 Wir haben durchgesetzt, dass es auch Verpflichtun-
44 gen für bezahlbares Wohnen für private Investoren
45 geben kann. Die Landeshauptstadt muss dafür sor-
46 gen, dass in allen Stadtteilen bezahlbares Wohnen
47 dauerhaft möglich ist.

48

49 3. ein Flächenmanagement, dass neben der Flä-
50 chensicherung für bezahlbares Wohnen in allen

Annahme

1 Stadtteilen die Bevorratung von Flächen für Kitas,
2 Schulen, Sportplätze und soziale Einrichtungen für
3 alle Altersgruppen beinhaltet.

4

5 4. die Stadtteilarbeit auszubauen, um den sozia-
6 len Zusammenhalt und das Miteinander in den
7 Stadtteilen zu stärken. Die Netzwerkarbeit vieler
8 kleiner Akteure sowie die zahlreichen Projekte in
9 den Stadtteilen sind ein Mehrwert für das Zusammen-
10 leben vor Ort, der auch honoriert werden muss.

11

12 5. alternative Wohnformen für das Zusammenleben
13 von Jung und Alt, für Familien, Alleinerziehende
14 und alleinstehende Menschen zu fördern. Wir
15 bestärken alle Akteure auf dem Wohnungsmarkt
16 weitere, u.a. altersgerechte und barrierefreie Pro-
17 jekte zu realisieren.

18

19 6. bei erforderlichen Wohnungsverkäufen durch die
20 Stadt oder das kommunale Wohnungsunternehmen
21 den Mietern vor einem Verkauf auf dem freien
22 Markt ein zumutbares Angebot zum Erwerb der
23 eigenen Wohnung zu unterbreiten.

24

25 **Von der Landespolitik fordern wir:**

26

27 1. die Wohnraumförderung so zu gestalten, dass
28 damit neue und bezahlbare Wohnungen entste-
29 hen. Unser Ziel ist es, dass vor allem kommunale
30 Wohnungsunternehmen und Genossenschaften
31 Förderung erhalten, um den geschaffenen bezahl-
32 baren Wohnraum langfristig zu sichern.

33

34 2. die Versorgung der Studierenden mit bezahlbarem
35 Wohnraum bedarfsgerecht zu finanzieren. Gerade
36 in Potsdam gibt es einen deutlich höheren Bedarf
37 an Wohnheimplätzen als sie das Studentenwerk
38 im Auftrag des Landes bisher zur Verfügung stellen
39 kann. Das Angebot muss auf eine Versorgungs-
40 quote von 20 % aller Studierenden auch unter
41 Einbeziehung von Bundesfördermitteln, erhöht
42 werden.

43

44 3. die Wohnraumpotenziale in der gemeinsamen
45 Landesplanung zu erweitern. Die Landeshaupt-
46 stadt Potsdam und andere Kommunen haben
47 hier entsprechende Vorschläge gemacht. Damit
48 Wohnen im Berliner Umland bezahlbar bleibt,
49 müssen diese Potentiale durch die Landesebene

1 besser berücksichtigt werden.

2

3 **Wir fordern von der Bundespolitik:**

4

5 1. ausreichend Mittel zur sozialen Wohnraumförde-
6 rung zur Verfügung zu stellen.

7

8 2. in den Förderprogrammen zu sichern, dass die
9 geförderten Wohnungen dauerhaft als günstiger
10 Wohnraum zu nutzen sind.

11

12 3. die bestehende Mietpreisbremse durch eine Aus-
13 kunftspflicht der Vermieter über die Vormiete zu
14 ergänzen, um mehr Transparenz über die Miethöhe
15 herzustellen.

16

17 4. die Höhe des Wohngeldes in regelmäßigen Abstän-
18 den anzupassen.

19

20 5. Bauen durch Investitionsanreize und bundesweit
21 einheitliche Standards attraktiver zu machen.

22

23 6. beim Verkauf öffentlicher Grundstücke und Ge-
24 bäude wohnungs- und stadtentwicklungspolitische
25 Ziele vorrangig zu berücksichtigen.

26

27 7. den Erwerb von Wohneigentum durch Familien
28 mit niedrigen und mittleren Einkommen durch ein
29 sozial gestaffeltes Baufamiliengeld zu erleichtern.

30

31 8. das Prinzip „Wer bestellt bezahlt“ auch für Makler-
32 kosten beim Kauf von Wohneigentum einzuführen,
33 um hier die Nebenkosten weiter zu senken.

34

35 9. Familien beim Erwerb von Bestandsbauten zu un-
36 terstützen, um zu verhindern, dass Wohnungen in
37 den Ortskernen des ländlichen Raums leer stehen
38 und verfallen.

39

40 10. Stadtteilarbeit effektiv zu stärken. Förderprogram-
41 me sind zu öffnen, damit alle Potsdamer Stadtteile
42 auch künftig lebendig und attraktiv sind.

43